

Wossische Zeitung



Verlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3686—3698, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postabnahme außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handeltel): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: num-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: num-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 10 Pf.] • Nr 607

DIENSTAG, 20. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Entscheidung erst heute

Ältestenrat vertagte sich bis nach der Reichsratsitzung

Der Ältestenrat des Reichstags hat gestern keine Beratungen noch nicht beendet, vielmehr beschloßen, sich auf heute abend nach der Sitzung des Reichsrats zu vertagen, in der die Abstimmung über die Annahme erfolgt. Ein solches Beschloßen ist natürlich, den Reichstag sofort zusammenzutreten zu können, falls der Reichsrat gegen die Annahme Einspruch erheben sollte. Da ein solcher Einspruch unwahrscheinlich ist, ist auch eine Einberufung des Reichstags nach der Weidmannen kaum zu erwarten.

Innerhalb einer Gruppe von Nationalsozialisten besteht allerdings eine gewisse Neigung, den Reichstag auf jeden Fall noch vor Weidmannen zusammenzubekommen, um mit nationalsozialistisch-kommunistischer Majorität die Abstinenzanträge über die Winterhilfe zum Gesetz zu erheben, deren Durchführung die Kleinigkeit von 4—500 Millionen kosten würde. Die Annahme eines solchen Antrages müßte naturgemäß mit dem Konflikt mit der Regierung führen, die es keineswegs zuzulassen würde, daß der Reichstag wieder vollkommen in nationalistisches Geleise gerät. Da die Nationalsozialisten, innerlich und äußerlich gespalten, zur Zeit keinerlei Interesse an einem Konflikt haben, ist nicht zu erwarten, daß diese Richtung der nationalsozialistischen Fraktion, an deren Spitze der Abgeordnete Stöhr stehen soll, sich durchsetzt. Der Friedenswille der Nationalsozialisten zeigt sich auch in der gestrigen Ältestenratsitzung.

Präsident Göring wies darauf hin, daß in seiner heutigen Sitzung der Reichstag sich mit dem vom Reichstag beschloßenen Annahmegericht befassen werde. Sollte der Reichstag Einspruch gegen dieses Gesetz erheben, dann müßte die Begründung des Reichsrats abgemerkt werden. Für die Begründung habe der Reichstag eine Frist von vierzehn Tagen. Es habe also gar keinen Zweck, den Reichstag vorher einzuberufen.

Hg. Böbe (SPD) meinte, man könne doch nicht annehmen, daß der Reichsrat, falls er überhaupt Einspruch erhebe, Wert darauf lege, die Entscheidung des Reichstags unnötig hinauszuzögern. Er hoffe, daß der Reichsrat von vierzehntägiger Frist Abstand nehme und es dem Reichstag ermögliche, noch in dieser Woche zusammenzutreten und durch abermalige Festlegung seines Beschloßen die Annahme endgültig zu verabschieden.

Schließlich wurde beschloßen, daß der Ältestenrat heute abend 7 Uhr nach der Sitzung des Reichsrats noch einmal zusammenzutreten und die Aussprache fortsetzen soll.

Schleicher beim Reichspräsidenten

Reichsminister von Schleicher hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten über die gestrige neue Rotterdamsche Sitzung gehalten. Wichtigst ist die Aufhebung der Verordnungen über Sondergerichte und Justizausstellungen für politischen Terror, die Aufhebung der Press-Notverordnungen und die Erhaltung nur der wichtigsten Vorschriften sowohl aus diesen Verordnungen wie aus dem Republikverfassungsgesetz in Form einer neuen Verordnung auf Grund des Artikels 48.

Diese, ursprünglich „Verordnung zur Förderung des inneren Friedens“ betiteltet Maßnahme wird auf Grund der Beratungen in den Restorts noch einige Änderungen erfahren und auch eine neue Verfassung erhalten. Sie wird zugleich mit einer Erklärung der Reichsregierung bekanntgegeben werden, in der die Wiederherstellung der politischen Bewegungsfreiheit, des Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheits ausdrücklich begründet und gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß bei Mißbrauch der politischen Freiheiten noch schärfere Maßnahmen bereit gehalten werden.

Sternenbanner vor Asien

Von
WALTER BOSSHARD

Unser nach den Philippinen entsandter Sonderberichterstatter schildert den Freiheitskampf dieses Inselvolkes, das durch Amerika reich wurde, aber auch den Vorposten der amerikanischen Politik in Ostasien darstellt. Aus wirtschaftlichen Beweggründen hat der amerikanische Kongreß sich jetzt bereitert, den Philippinen innerhalb von acht oder zehn Jahren die volle politische Freiheit zu gewähren.

MANILA, 10. NOVEMBER

Kein Gedanke hat in den letzten Jahren in Asien einen so mächtigen Widerhall gefunden, wie die Willensvolle Zerteilung des Selbstbestimmungsrecht der Völker. Von Strahlen bis Japan hinauf macht sich immer härter die große Bewegung bemerkbar, „Los vom Wossien“. Während in den europäischen Kolonien in Asien sich diese Entwicklung unter harten politischen Kämpfen vollzieht, hat sich in den Philippinen der nationale Drang nach Unabhängigkeit in aller Stille und ohne Störung der amerikanischen Verwaltung entwickelt. Der Kongreß liegt darin, daß Amerika bei der Kolonisierung des Landes vollkommen andere Methoden eingeschlagen hat als die europäischen Großmächte in ihren Kolonialgebieten. Das politische Erdbeben ist aber darum nicht anders.

Die Philippinen sind seit dem 10. Juli nach dem mit einer kurzen Unterbrechung spanischer Besitz und gelangten 1898 nach dem spanisch-amerikanischen Kriege unter amerikanische Herrschaft. Die große Zahl von Ritzern und die imposanten Gebäude im spanischen Stil erinnern heute noch an die historische Vergangenheit, die sich mit der großartigen amerikanischen Bautechnik moderner Sachlichkeit vermischt.



hat. Selbst die radikalsten Vertreter des philippinischen Unabhängigkeits-Bewegens geben zu, daß die vergangenen 30 Jahre amerikanischer Verwaltung dem Lande einen gewaltigen Aufschwung gebracht haben. Durch Verbesserung der Hygiene und radikale Einschränkung der Säugetiersterblichkeit ist die Bevölkerung von 6,7 Millionen Seelen im Jahre 1903 auf 13,5 Millionen im Jahre 1931 gelangt. Seit langer Zeit wird ein Drittel der Staatsentnahmen für Schulzinsen und ein Sechstel für Gesundheitsdienst aufgewendet. Das junge Amerika hat kein Sympathie, um in Erinnerung an seine eigene koloniale Vergangenheit zu beweisen, daß diese Methoden der Kolonisation an Großzügigkeit jede andere Maß übersteigen.

Trotz der Doppelrolle der Einwohnerzahl in den letzten 30 Jahren gehören die Philippinen noch zu den dünn besiedelten Agrarländern. Wie aber auch in den anderen Gebieten Asiens, ist die Bevölkerungszunahme hier hauptsächlich den Städten zugute gekommen, wo die unheimlichsten des modernen Lebens und die hohen Löhne im Zusammenhang mit großartigen Bildungsmöglichkeiten ein gewisses Prestige geschaffen haben, das zum Träger der Unabhängigkeitsbewegung geworden ist. In der Geschichte des Landes fehlt es nicht an revolutionären Kämpfen, die sich in der spanischen Zeit gegen die kulturelle und wirtschaftliche Herrschaft der Geistlichkeit richteten. Diese Kämpfe haben auch einen philippinischen Freiheitskämpfer, José Rizal, geschaffen, der nach langer Verbannung und einem Aufenthalt

Hoovers unentschlossene Botschaft

Für eine unverbindliche Fühlungnahme am runden Tisch

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung
NEW YORK, 19. DEZEMBER

Präsident Hoover hat heute seine mit Spannung erwartete Schulden-Botschaft an den Kongreß gerichtet, die aber ein noch schlecht verfaßtes Eingehändertes mangelnder Autorität während der Leberungszeit bis zum Einzug Roosevelts ins Weiße Haus darstellt. Der Präsident schlägt dem Kongreß vor, einen Ausschuss zu bilden, der die Schuldenmaßnahmen einer erneuten Prüfung unterziehen soll. Wenn der Kongreß auf diese beschlossene Initiative absteht, will Hoover um die Mitarbeit Roosevelts nachsuchen und eine derzeitige Kommission im Namen der Bundesregierung ins Leben rufen.

Hoover gibt in seiner Botschaft aber wenigstens an, daß die Schuldenfrage eine Reihe sehr ernst Konsequenzen geschaffen habe, deren Bedeutung seine weitere Aufschüßung erlaubt. Die Behandlung der Schuldenfrage auf dem regulären diplomatischen Weg, den Roosevelts empfohlen hat, erscheint ihm unangemessen, und Hoover setzt sich als beste Verhandlungsform für eine Aussprache mit den Vertretern der Schuldnerstaaten am runden Tisch ein. Da die wirtschaftlichen Fragen mit der Abwicklung und mit der Befreiung der Schulden eng verbunden seien, schlägt der Präsident vor, daß die Mitglieder der gemeinschaftlichen Kommission in eine Schuldenkommission abdelegiert werden sollen.

Nach dem vorgebrachten Gedankengang will Hoover anscheinend in vorzüglicher Form zugehen, daß es Sache der Weltwirtschaftskonferenz ist, nummehr ohne amerikanisches Widerstand die Schuldenfrage endgültig zu bereinigen. Aufgabe der geplanten Kommission wird es zur

sein, in Fühlung mit den Schuldnerländern vorbereitende Arbeit zu leisten. Ob der Kongreß den Wünschen des Präsidenten entgegenkommen wird, muß bezweifelt werden. Dieser hat auch Roosevelts nicht zu erkennen gegeben, daß er Hoover in der Schuldenfrage unterstützen will.

Bemerkenswert an der Botschaft ist vor allem, daß sie die französisch-amerikanische Kontroverse gar nicht berührt, und auch das belaste Thema vermeidet, ob Amerika die Initiative zu Revisionenverhandlungen mit den säumigen Schuldnerstaaten Frankreich, Belgien und Polen ergreifen soll.

England gegen Schuldnerfront

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

LONDON, 19. DEZEMBER

Im Unterhaus wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie nicht zur Gleicheit der Kriegsschuldensatzungen an Amerika die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien zu einer Konferenz einladen solle, um gemeinsame Schritte zu ergreifen, wie die Sonderabteilung der europäischen Länder mit Amerika günstiger gehalten werden könne. In Vertretung des Fremdenministers erwiderte Baldwin, daß die amerikanische Regierung sich bereit erklärt habe, mit der englischen Regierung baldmöglichst in Verhandlungen über die Kriegsschulden einzutreten und daß aus diesem Grunde die englische Regierung die vorgeschlagene Konferenz im Augenblick nicht für wünschenswert halte.

Es wurde gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Regierung von Frankreich ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, ihre Kriegsschuldensatzungen an England zu entrichten.

In Deutschland am 30. Dezember 1896 erschossen wurde. Sein Tod gab den Anlaß zu einem blutigen Aufstand gegen die spanische Herrschaft. Seit 1898 wird die Eroberung von Philippinen durch amerikanische Truppen im spanisch-amerikanischen Krieg erbeutet. Damit nahmen auch Verhandlungen zwischen Spanien und Deutschland ihre, die den Erwerb des Inselreiches für Deutschland zum Ziele hatten. Typisch für die amerikanische Politik ist aber die volle Anerkennung als freie Selbstbestimmten, an den heute an der Stelle ihrer Entscheidung ein monumentales Denkmal errichtet.

Die harten Entscheidungen, die amerikanische Bevölkerung sieht trotz der Unklarheiten, die dem Generalgouverneur Theodor Roosevelt zuführen, der als Mitglied der republikanischen Linie der Familie Roosevelt zu den Anhängern Hoover's gehört. Der Generalgouverneur hat ihrem Berichterstatter wiederholt Gelegenheit gegeben, mit ihm über die inneren Angelegenheiten des Landes zu sprechen. Seine Popularität hat er sich vor allem dadurch erworben, daß er nicht nur seine Truppe regiert, sondern gleich bei Eintritt seines Hofens sämtliche 40 Provinzen des philippinischen Archipels persönlich bereist und mit allen Streifen der Bevölkerung Sühnung genommen hat. Auch riegelt er sich in seinem Regierungspalast in seiner Weise ab, sondern empfängt ohne jede Einsteife und ohne jeden Sicherheitsdienst alle Leute, die ihm ihre Sorgen vorzutragen wollen. Seine gutartigen, seine feigen vornehmsten Lebenswünsche, die er als gewalttätiger Unterdrückungsregime, der er zudem auf jeden äußeren Erfolg des Aufstrebens verzichtet, sehen die Philippinen in ihm einen aufrichtigen Freund ihres Landes, und nicht nur den höchsten Vertreter der amerikanischen Großmacht.

Sein parlamentarischer Gegenpartier ist Manuel L. Quezon, der Präsident des philippinischen Senats, den ihr Berichterstatter ausführlich über die Unabhängigkeitsbewegung befragte. Quezon betonte den fundamentalen Unterschied zwischen dem Verhältnis unabhängiger Nationen zu ihrem Mutterland und der amerikanischen Herrschaft auf den Philippinen. Bei aller Anerkennung der amerikanischen Leistungen vertritt er aber eine vollständige Loslösung von den Vereinigten Staaten, obwohl in kommenden Jahren des Landes ein enges Verhältnis, wie etwa zwischen Großbritannien und Kanada, befürwortet wird. All die Probleme, die in Indien den Freiheitskampf ebenfalls erschweren, sollen auf die Philippinen fallen. Eine Million bis 2000 000 (Spanien-Indonesien) (Allos) an die Erziehung des politischen Geistes in Staat zu nehmen. Er weiß auch, daß die verarmten, abhängigen Philippinen im Vergleich zu anderen östlichen Ländern einen außerordentlich hohen Lebensstandard erbracht haben, der zu einer gewaltigen Großzügigkeit in der Finanzpolitik geführt hat. So bezieht beispielsweise jeder philippinische Abgeordnete ein höheres Gehalt als irgendein Parlamentsmitglied eines anderen Staates. Aber immer wieder gibt es in allen Kreisen der Bevölkerung Bemerkungen, die zeigen, daß wir jetzt so vor, frei aber arm, statt wohlhabend und Untertan zu sein."

Trotz dieses patriotischen Gefühls besteht bei den Führern des Landes die Sorge, daß der amerikanische Stempel allzu radikal und ohne genügende Überlegung den Freiheitswunsches des Volkes befriedigen könnte. Achtzig Prozent der philippinischen Ausgabe geht ohne Rücksicht auf den Vereinigten Staaten, und mehrere Hunderttausend Philippinen haben ohne Befriedigung durch Einwanderungsbeschränkungen dort ihre billige Lohnbeschäftigung Arbeit gefunden. Die Konturen der landwirtschaftlichen Welt der Philippinen (Zucker, Reis, Baumwolle) hat naturgemäß die amerikanischen Protektionisten auf den Plan gerufen, die vor allem von der amerikanischen Landwirtschaft unterstützt werden. So würde die Bewilligung der politischen Freiheit für die Philippinen nicht nur ein idealtypisches Opfer an den Welt Willens bedeuten, sondern zugleich sehr teure wirtschaftliche Gründe haben und vor allem die Möglichkeit geben, daß Philippinen ein Einwandererparadies zu werden.

Schlimmer aber ist die Bewöhnung der Philippinen in Wirtschaft durch die glänzenden Abhängigkeiten von U.S.A. Vor allem in den Seiten der Prosperität zahlte Amerika derart gute Preise, daß man an der Verbesserung der Arbeits- und Erwerbsmethoden gar kein Interesse hatte. Anfolgendes ist die Landwirtschaft der Philippinen durch die Konkurrenz der Welt überflügelt worden, und der philippinische Bauer erntet auf die Flächeninheit nur die Hälfte an Reis und Zucker als der Konturanten in China und Java. Erst im letzten Jahr hat den Verkauf der Preise für diese Produkte, ist ein gewisser Anstieg eingetreten, der sich auch langsam politisch auszuwirken beginnt. Heute noch ist Quezon der unbestrittene Führer, sein Partido Nacionalista heißt 75.000 N. S. after Abgeordneten, und das Wahlrecht verhindert starke Veränderungen, da nur etwa anderthalb Millionen Philippinen zum Grundbesitz und Eigentum von einem gewissen Werte an Lande bzw. Vermögen der öffentlichen oder öffentlichen Sprache in Wort und Schrift wahrberechtigt sind.

Politisch kann das Inselreich von der allgemeinen Entwicklung Ozeanien nicht unberührt bleiben. Die nächstgrößte Insel des Archipels liegt nur 100 Kilometer von der japanischen Kolonie Formosa entfernt, so daß jederzeit bei der lebhaften japanischen Spionagetätigkeit Zwischenfälle möglich sind. Durch seinen Reichtum an agrarischen Produkten und dazu die Philippinen wirtschaftlich zu fördern (sondern nur die Philippinen wirtschaftlich zu fördern) ist ein geeigneter Anlaß gegeben, das Land zu gewinnen. Wenn auch Japan auf lange Zeit durch die Wundschmerz von

Paul-Boncour's erster Kabinettsrat

Ruhige Nachmittagsferien vor dem Kampf gegen das Defizit

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 19. DEZEMBER

Ministerpräsident Paul-Boncour formulierte sein Regierungsprogramm heute vor dem Rundfunk folgendermaßen: „Wir wollen eine Politik des Friedens und der Organisation des Friedens, eine Politik der Demokratie, eine Politik der finanziellen Wiedergesundung.“

Das neue Kabinettsrat hat heute nachmittags seine erste Sitzung abgehalten. Man beriet über die Regierungs-Erklärung, die erst am Donnerstag dem Paul-Boncour in der Kammer und von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Vacheron im Senat abgelesen werden wird. „Am Anhaltspunkt daran wird in der Kammer eine politische Aussprache stattfinden, die wie üblich, mit der Vertrauensfrage endet. Wenn es nicht unvorhersehbar Zwischenfälle gibt, bezieht aber zunächst für das Kabinettsrat Paul-Boncour keine Gefahr. Etwas aus dem Beilagen Abend wird wohl die Debatte beendet sein, so daß die Abgeordneten über Maßnahmen und Neuzug für eine Woche in ihre Heimatbezirke führen können.“

Eine gewisse Komplikation ergibt sich allerdings aus der angepflanzten Finanzlage. Schon im letzten Kabinettsrat hat der neue Finanzminister Cheyron ein Defizit über die nächsten unvereinlichen Finanzjahre angenommen. Sein Vorgänger Germain-Martin hat ihm sehr klare Ratschläge hinterlassen, so daß die Regierung schon in den nächsten Tagen vom Parlament die Genehmigung zur Ausgabe von 500 Millionen erbiten muß. Dazu aber ist man auch mit der Budgetberatung schwer im Aufstand. Da der Haushaltsplan für 1933 im Moment überhaupt noch nicht in Angriff genommen werden soll, muß der Haushaltsentwurf zunächst der nächsten Jahres Budgetauswärfte für den Monat Januar anfordern. Gleich nach Neuzug sollen dann die großen Entwürfe beraten werden.

Im allgemeinen ist die Aufnahme des neuen Kabinetts in der Öffentlichkeit nicht ungünstig. Die Presse der Mitte macht die üblichen Vorbehalte; die Rechtspreffe holt zum Teil sogar zu sehr scharfen Polemiken aus. Vergleiche zwischen dem bisherigen Kriegsminister Paul-Boncour und dem Reichswehrminister von Schleicher werden gezogen, die für Paul-Boncour nicht gerade schmeichelhaft ausfallen, weil er den Nationalisten nicht genügend in Klartexten in ist. Andere Kritiker weisen sich an der Berufung Cheyrons, der früher viel weiter rechts stand, aber schon bei dem Sturz Lauros im Senat tüchtig mitnahm und sich selbst immer mehr der Linken angehängt hat. Auch die neuen weit links kommenden Unterstaatssekretäre werden nicht überall mit Freuden begrüßt. Der junge Unterstaatssekretär im Außenministerium Pierre Cot hat durch seine lauten, aber auch schon schärfen polenischen Reden sich manche Feindschaft zugezogen.

Noch mehr Aufsehen erregt die Berufung des Abgeordneten Eugene Frot als Nachfolger Marchandoux zum Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium. Frot war früher journalistisch ein der „Summit“, dann am „Populaire“ tätig. Er ist vor wenigen Wochen aus der sozialistischen Partei ausgeschieden. Als Radical war er der Gegner von Paul-Boncour, der sich jetzt seinen jüngeren Mitarbeiter an den Quai d'Orsay geholt hat. Frot wird wahrscheinlich die bisher von Marchandoux geleitete Stief-Vehringens-Abteilung mit übernehmen.

Der überträufte Radiohörer

Die Vorkatzenation unter den Welterbungen bildet die Ernennung des Abgeordneten Millet zum Penionsminister, nicht wegen seiner Person, sondern wegen der Art, wie Millet Minister wurde. Er lag getrieben wieder in seiner Wohnung in Bessest und hörte sich gerade an, als er die Zeitung parat die letzten politischen Nachrichten aus Paris an. In der Ministerliste erschien plötzlich sein eigener Name als Penionsminister. Millet dachte, er habe sich nur verkehrt. Kurz darauf erhielt er Glückwunschtelegramme und Anrufe aus Bessest und der nächsten Umgebung. Nun entschloß er sich endlich, das Kriegsministerium in Paris anzurufen, um sich von Paul-Boncour eine Bestätigung oder Denient zu holen. Als er sich beim Kabinettsrat meldete, antwortete dieser ihm durch den Briefträger: „Bonnet kann ich Ihnen dienen, Herr Minister.“ Millet ist selbst Schmetterlingsbeschädiger und bringt daher für die Verwendung eines Penionsministeriums größtes Bedauern mit. Er ist übrigens einer der erbittertesten Feinde Tardeus. Beim letzten Wahlkampf wurden die beiden politischen Gegner sogar handgemein und Millet schlug in einer Wahlverurteilung Tardeus seinen legendären Pfeiler von der Nase.

Seine Zeit für Außenpolitik

Durch die Kabinettsbildung ist man zur Zeit so mit innerpolitischen Angelegenheiten beschäftigt, daß die Außenpolitik darüber beinahe in Vergessenheit gerät, obwohl doch der Erfolg der Regierungserklärung von der Außenpolitik her kam. Daß man sich darüber klar sein muß, daß die Außenpolitik, so bald als möglich mit America zu Verhandlungen zu gelangen; denn die Weltlage, die den Verlust gestiftet ist, konnte ja nur den Wert einer Demonstration haben. Es bedeutet eine Lösung der Schuldfrage. In wirtschaftlichen Streifen werden auch schon Kompromißmöglichkeiten erörtern, wie man über den letzten Punkt hinauskommen kann. So schloß heute die Wirtschaftszeitung „L'Information“ ab, man solle den Amerikanern eine Abschlagszahlung anbieten, wenn sie bereit seien, die Schuldfrage noch im Jahre 1933 zu liquidieren. Diese Abschlusssatzung soll von dem Wege einer internationalen Anleihe aufgebracht werden. Dabei soll Deutschland in Höhe von drei Milliarden Mark übernehmen. R. L.

Rückwärts, rückwärts...

Eine neue Niederlage erlitten die Nationalsozialisten bei Gemeindeparlamenten in Alsdorf bei Köln, wo folgendes Ergebnis erzielt wurde:

	18. Dezember	6. November
Sozialdemokraten	825	1146 Stimmen
Kommunisten	2512	3318 "
Nationalsozialisten	496	914 "
Zentrum	1825	2637 "
Christliche	987	" "
Sonstige	419	" "

Der nationalsozialistische Stimmenverlust überdies auch hier weit dem Grund der Wahlteilnahme. Von 115.000 sind es auf 71.000 N. S. der Gesamtstimmenzahl zurückgegangen. Bei einer solchen Steigerung in Misserfolgen wird die frühere so anspruchsvolle nationalsozialistische Presse immer beiderdeutiger. Dem „Angriff“ genügt eine Waise in dem Dürchen Wäffen bei Anhalt, wo in der Tat die Nationalsozialisten von 133 auf 174 Stimmen stiegen (bei insgesamt 456 Stimmen), um einen „Hüter-Wahlsieg in Lippe-Deimold“ an der Spitze des Plattes auszurufen. Von den weit symptomatischsten Niederlagen in den kleinen Städten Ost- und Alsdorf erfolgten keine Referate nichts.

Su viel PS?

In einem Briefwechsel mit Eugen Diesel, dem Sohn des großen Technikers Rudolf Diesel, den die Schriftzeitung „Raff und Groß“ veröffentlicht, wirft der Pfälzer Paul Diesel die Frage auf, ob nicht durch die weitere Entwicklung der Technik die Arbeitslosigkeit zum Dauercharakter gewinnen könne. Schon jetzt berechnet man in Deutschland auf diese menschliche Arbeitskraft nicht 1000,000,000,000 „energetische Arbeiter“. Die Antwort, die Diesel für die Befürchtungen Österreichs bereit hat, ist reichlich bündig. Er meint, der Mensch müsse gegenüber dem mechanisierten Leben wieder „handeln“ lernen. Auch die Formen der Maschinen-technik werden sich wandeln wie die von Recht, Gesellschaft und Politik.

Zurtwängler und Juggin

Viertes Philharmonisches Konzert

Als das Vierte Philharmonische Konzert geklungen endlich sein Rivale erreichte, als die Alte Einsamkeit von Berthoven erklang und Wilhelm Furtwängler und die Philharmoniker umgeben mit der besonderen Wärme Teilnahmefähigkeit, ihre „materielle und ihre „ideelle“, erziehen konnten, waren Wahnsinnig und Aufnahmefähigkeit des Auditoriums kein betriebe erlosch; aber Fähigkeit und Freude freilich sich alsbald wieder auf.

War hatte Maria Juggin mit Kleinigkeiten von Gluck und Berthoven einen Erfolg gehabt, der sie zu einer Wiederholung zwingt; zu einer Wiederholung der Art aus dem Einzelnen, „Die kleine Schifferin“. Wenn man nicht weiß, daß diese Art von Berthoven ist, würde man denken, sie sei von Mozart. Sein Rhythmus zeigte die beliebte Sänglerin den alten Chören. Sein Rhythmus machte sich geltend, wie übrigens letztes Jahr und Tag schon, leichte Veränderungen bemerkbar, die die Schärfe ihrer Vertreter nicht gerade bestärken. Es kam eine Vereinheitlichung der Antikontinente, die in diesem Maße bei ihrem Singen wohl kaum jemals bemerkt worden ist. Erprobte sie sich bei Gluck und Berthoven an Rebenwärdern, für die der Rahmen eines großen Philharmonischen Konzerts sicherlich zu niedrig ist, so gehen sie ganz von der Größe des Rahmens verfallen, als sie vorher zwei Hühnerhühner-Orchestersingen von Hugo Reichenauer — „Zwei Wärdenerländer“, gedichtet von Albert Geiger — diente. Sollen wir die Einheit verantwortlich machen für den Mangel; oder trägt Wilhelm Furtwängler die Schuld an ihm?

Bei der Aufführung einer Passacaglia für Orchester, Opus 19, von Carl Marx, legte der Dirigent auch nicht gerade Ehre ein. Der Wärdener Komponist ist ein kleines Talent. Da ihm nichts einfallt, ludt er durch eine erhaltene Waise das Wärdener zuzuhören. Das, was dabei hörbar ist, ist Mathematik, aber nicht Musik. Wohlwollender Beifall ermöglichte es ihm, auf dem Podium zu stehen.

Neuesten sollen wir willkommen sein. Nur darf gefragt werden: vor verlangt von Wilhelm Furtwängler, daß er Reubelen von jeder Preis bringt? M. M.

Weshalb Hindenburg Marschall wurde

General Littmann und die historische Wahrheit

Der als „Sieger von Besenoy“ bekannt gewordene General Littmann hat bei der Wiedereröffnung des Reichstages schwere Angriffe gegen den Reichspräsidenten gerichtet, u. a. dabei behauptet, dieser verdanke ihm den Feldmarschallstab. Reichskanzler von Scheeler hat auf die Behauptung, der Kameradschaft aus dem Auftritte Littmanns bereits zurückgewiesen. Hier wird historisch der wirkliche Sachverhalt untersucht.

In der Spitze der Infanterie der 3. Garde-Division, ein 65jähriger, geht am 23. November 1914 General Pfahmann gegen das polnische Städtchen Beshenoy vor, nimmt es und eröffnet damit für die in gefährlicher Lage befindliche linke Flügelschwadron der 9. Armee einen Ausweg. Schon lagen bei dem Oberkommando in Polen russische Panzertrope, aus denen die Befestigung zahlreicher Züge für den Abtransport deutscher Gefangenenmassen herangezogen, und die auf die sichere Siegesmarsch der feindlichen Führung schließen ließen. Man rechnete bei den Russen mit einem neuen Tannenbergs, aber nicht als einen tauglichen, sondern als einen russischen Sieg. Diese Hoffnung wurde durch das Scheitern der weit um Lodz ausziehenden und schon südlich der Stadt stehenden Truppen des 25. Reservekorps des Generals von Scheffer-Boagabel, zu denen auch die Pfahmann'sche Division gehörte, und des Kavalleriekorps Rüstowitsch jenseitig gemacht. Ein Durchbruch nach ruckwärts in die Linie des 17. und 20. Armeekorps sowie des 1. Armeekorps war der „Durchbruch von Beshenoy“.

Es war zweifellos eine ungewöhnliche Waffentat, besonders wenn man berücksichtigt, daß die so gut wie ganz ison von den Russen eingeschlossenen deutschen Truppen alle ihre Verbündeten, Geschütze und darüber hinaus mehr als 10 000 Gefangene mitbrachten. Für die an Kräften außerordentlich schwache deutsche Front besetzte es fiederich sich viel, wenn ein Korps und mehr auch weiterhin der Führung zur Verfügung stand. Aber, und das ist in diesem Augenblicke die entscheidende Frage: war der Durchbruch von Beshenoy mehr als eine lokale Handlung und kann der Pfahmann'sche Wagemut den Erfolg im großen für sich in Anspruch nehmen? War es ein Verstoß gegen die Gesamtsitte unserer Lage im Herbst 1914 nicht zu beunruhigen.

Die Idee der November-Offensive

Im Oktober des ersten Kriegsjahrs erfolgte aus Strohblößen in enger Verbindung mit der überstürzten Vernehmlichmachung ein deutscher Angriff, der an der Weichsel, vor Zwauzger zum Stehen kam, der eine Umgruppierung der Russen und einen Angriff gegen den eigenen linken Flügel zur Folge hatte und schließlich zu unserem Rückzug führte. Mit einem feindlichen Einbruch auf breiterer Front von Ostpreußen bis Schlesien war zu rechnen. Die Infanz November zur Verfügung stehenden deutschen Kräfte waren für eine bedeutende Aufgabe durchaus unzureichend. Da war es der geniale Gedanke der als „Oberost“ in die Spitze der 8. und neu gebildeten 9. deutschen Armee tretenden Führung, Hindenburg-Wunderwitz, durch einen eigenen Angriff aus dem Raum Posen-Thorn-Ostpreußen in die Weichsel zu durchbrechen, eine neue Lage und mit ihr auch neue eigene Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, die vor allem auch dann bestehen mußten, wenn die Oberste Direktion, an deren Spitze damals General von Falkenhayn stand, ihre Anweisungen im Westen aufsuchen würde, konnte sich auch mit diesem Gedanken der Führer des deutschen Heeres nicht durchsetzen, so hielt er doch in der sicheren Erkenntnis, daß nur so Schlesien zu deden sei, an seinem Entschluß fest.

Am 11. November begann die deutsche Angriffsbewegung, die zunächst zur siegreichen Schlacht bei Tannenberg, in der das vereintete vordringende 1. litauische Korps über den Haufen geworfen wurde und die sich dann gegen den rechten Flügel des gegen die schlesische Grenze vordringenden russischen Heereskörpers richtete. So kam es zur Schlacht bei Lodz, in der man ein entscheidendes Gefecht des zweiten Weltkriegs, Tannenberg und Bialla befindlichen Feindes überwand, aber ein solches einengangs gelang, mit dem eigenen linken Flügel umfaßt wurde. Trotzdem war nicht nur die gesamte Bewegung der Russen gegen die deutsche Grenze südlich Lodz zum Stehen gekommen, sondern man hatte sich zu entscheidenden Umgruppierungen entschließen müssen. Schon jetzt der Winter mit Hürde ein, und die Bewegungen der großen Kavalleriemassen des Gegners wurden damit verlangsamt unmöglich gemacht. Erstmal die Verengung der im großen Weichselbogen in Nordosten stehenden russischen Kräfte infolge des Ausweichens deutscher Verstärkungen aus dem Westen kam, infolge ihrer nur tropfenweise erfolgenden Befestigung, ja überhaupt nicht möglich, — wofür aber Oberost niemals eine Schuld trifft, insondern allein die damalige Oberste Heeresleitung — so war das begrenzte Ziel tatsächlich im Mittel November erreicht, d. h. mit dem Augenblicke, in dem man vor Lodz hand.

Der Retter Schlieffens

Gewiß wäre ein weiterer deutscher Erfolg, die Einweisung des Weichseljägers von Lodz, sehr erwünscht gewesen, aber es hätte vorausgesetzt, daß der Weichseljaeger, der sich in die Russen hatten stärken gegen in Nordosten, um sich vorwärts zu bewegen behaupten zu können. Andererseits wäre fiederich die Befestigung des linken deutschen Angriffsfüßlers ein schwerer Schlag für uns gewesen, aber er wäre aber vorausgesetzt nach noch auf russischen Boden pariert worden. Dem Durchbruch von Beshenoy kommt also

nur eine lokale Bedeutung zu. Die Behauptung, die dem Verdienst Hindenburgs mit der Ueberführung des Marschallstabes durchaus berechtigt am 27. November zuteil geworden ist, erfolgte auf Grund der Gesamtlage — er war der Retter Schlieffens gewesen.

General von Hindenburg ist sich der Schwere seines Entschlusses zweifellos durchaus bewußt gewesen, aber es offenbart sich zweifellos nach hinten vorwärts. „Abas fehlt, muß durch Schnelligkeit und Entschluß ersetzt werden“, heißt es in seinen Kriegserinnerungen, und weiter, daß das Weichselnagen mit seinen der Armeeführung und Truppe gerade werden müsse. „Was antreffe den russischen Oberbefehlshaber die Vorhand“, damit ist die Gesamtsituation gekennzeichnet. Freilich im Raum wie ein Napoleon oder Woltke, so hat auch der Sieger von Tannenbergs Idee in Nordosten operiert. Er hat mit einer sich in den großen Rahmen einpassenden selbständigen Haltung seiner Unterführer gerechnet. Der Durchbruch von Beshenoy lag in der Linie einer inneren, zungenschnäueligen Notwendigkeit, sowohl auf Grund der Direktion der obersten Führung, wie der allgemeinen Erziehung von Offizier und Mann im deutschen Heere von 1914. Einem so ausgezeichneten Kriegsheld wie dem General von Pfahmann ist für die ihm durchwegs zuzuschreiben, was er in seinen Betrachtungen die so wichtige Aufgabe dahin beurteilt: „Zeit geht es, nicht zu verzagen, und aus der schwierigen Lage einen Ausweg zu finden, wie es schon so manchmal in der Kriegsgeschichte einen anderen Feldherren geglückt ist. Als ein solcher Feldherren sollte sich Hindenburg, auf das glückliche aus seinem Chef des Stabes unterhalten, erweisen.“

Aber auch selbst wenn es die lokale Ereignis bewerten, besteht der Anspruch General Pfahmanns zu Unrecht.

Das fiederich kompetente Werk des Reichsarchivs über den Weltkrieg, das in seinem 6. Bande eingehend die Zeit von Beshenoy behandelt, kommt bei voller Würdigung des Verhaltens des Kommandeurs der 3. Garde-Division einmal zu der Feststellung, daß der gleiche Entschluß wie von General Pfahmann auch von dem kommunizierenden General des XXV. Reserve-Korps, General von Scheffer-Boagabel, gefaßt worden und ferner, daß mit dem Durchbruch auf Beshenoy am 23. 11. tatsächlich die Lage noch nicht entschieden gewesen sei. Es hat vielmehr noch des Angriffs der 50. Reserve-Division am nächstfolgenden Tag, wie überhaupt eines völlig einschneidenden Handlung aller Truppen bedurft. „Nicht einem einzelnen Führer, nicht einem einzelnen Truppenführer ist die Errettung der Weichselarmee des Generals von Scheffer zu danken, sondern der Gesamtleitung aller der Truppen, die unter seiner gleichmäßigen Führung ihr Leben hergaben, um den je ungeschützten Ring zu sprengen.“ Sie haben auf der ganzen Breite ihrer Front angegriffen und nur so die Lücke für den Durchbruch finden können.

„Geistige Krise vorüber“

In der Abendmeldung von Ober-Ost an das Große Hauptquartier in Weizsäcker am 25. 11. heißt es: „Geistige Krise vorüber“, und in Gesamtbeurteilung aller Ereignisse des letzten Kriegsjahres, daß auch weiterhin die Lage infolge der anhaltenden russischen Angriffe ernst sei. Beshenoy ist also auch hier eine örtliche Handlung. Wenn sie einen Erfolg zeitigt, so den, daß im Grunde genommen nicht der General Pfahmann das Verdienst der Unerlöschlichkeit besitzt, sondern daß die Führung Hindenburgs in Zeichen einer unerhörten Reife feststanden, daß sie bewußt Unmöglich-Großartiges im Vertrauen auf die Leistung von Unterführern und Truppe gemacht und so einen vielleicht als das Erbe der Weichsel und Schlieffens Schule zu bezeichnen, aber darüber hinaus doch an sich charakteristisch operativen Gedanken in der Heeresführung zum Ausdruck gebracht hat. Miles.

Schweizer Bürger gegen Radikalismus

Nachwirkung der Genfer Unruhen im Nationalrat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
BERN, 19. DEZEMBER

Im Schweizerischen Nationalrat fand heute die Aussprache über die Genfer Unruhen vor überfüllten Zuhörertribünen statt. Während die Sozialdemokraten, die eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen revolutionäre Bestrebungen fordern, wissen wollen, sich heute sehr gemäßig verhielten und sich zur Demonstration bekannten, allerdings ab auf das Recht zum politischen Massenstreik zu beziehen, vertreten sämtliche bürgerlichen Redner den Standpunkt, daß der Staat unter allen Umständen und unter Einziehung aller Mittel die Ordnung aufrechtzuerhalten habe. Nach Mitteilungen des Kriegsministers, Bundesrat Minger, über Besuche kommunistischer Journalisten in der schweizerischen Armee und des Justizministers Gaubertin über Mosauer Anweisungen zur Organisation von Straßenkämpfen vereinigen sich sämtliche bürgerlichen Fraktionen zu einer bedeutungsvollen Aushaltung gegen den politischen Radikalismus und gaben damit der

Ansicht der überwältigenden Mehrheit des schweizerischen Volkes Ausdruck.

In dieser Erklärung wird den Behörden und Truppen, die die Ordnung in Genf wiederhergestellt haben, der Dank ausgesprochen. Es werden ferner wesensgehörige Maßnahmen angefordert, um die Verbreitung von Unruhen, die Gefährdung der Ordnung sowie die antimilitärische Propaganda zu verhindern. Die Ausstrahlung von politischer Gegenstände auf der Straße soll nicht gestattet werden. Einblüh wird die Verantwortung der extremen Führer der Sozialdemokratie an den Genfer Ereignissen festgehalten und den Behörden das Vertrauen betundet, daß sie die vom Volk gewünschte demokratische Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen alle Angriffe vorzubeugen werden.

Nationalrat Schuepbach von der freisinnigen Fraktion, der die Erklärung verlas, wies darauf hin, daß es das erstmal in der Geschichte des schweizerischen Parlamentes ist, daß eine Fraktion sich zu einer gemeinsamen politischen Auffassung vereinigt habe. Es soll dem Volk zeigen, daß seine bürgerlichen Vertreter alle Bestreben, die Ordnung zu fördern, mit allen Mitteln verbinden werden.

Deltstreit und Agrarbeschwerde vertagt

Englisch-persische und deutsch-polnische Plänkeleien im Rat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
GENÈVE, 19. DEZEMBER

Der englische Konflikt mit der persischen Regierung wegen der plötzlichen Kündigung des Vertrages mit der Anglo-Persian-Oil-Company wurde heute abend vom Völkerbundrat auf der ordentlichen Wintertagung vertagt, die am 23. Januar beginnt.

Der englische Botschafter bei Wien, Sir William Malen, entschuldigt die Abwesenheit des englischen Außenministers, der pöblich erkrankt ist, und erlachte im übrigen durch, an, daß Besten eine angemessene Frist für die Darstellung seiner Sache und die Entschung eines unabhängigen Delegierten gewährt werden müsse. Dessenfalls werde aber nur die persische Regierung die Sache nicht vertragen, sondern zeitigst ihre Denkschrift vorlegen, damit am 23. Januar verhandelt werden könnte.

Gegenüber dieser leisen Beschäftigung betonte der persische Delegierte, der Berner Gesandte Sepahbadi, daß Besten bereits die Erklärung abgegeben habe, es würden keine Maßnahmen gegen die englische Gesellschaft bis zu einer friedlichen Regelung ergriffen werden, so daß er die Dringlichkeit der Sache durchaus nicht einzulassen vermöge. Er gab aber dem Engländer die Garantie, indem er „versichert“, dass bemerkt, daß er abtrot nicht bezweifle, warum in dieser Angelegenheit der erste Artikel 15 des Völkerbundespaktes angewendet werden müßte.

Der Staatspräsident, der irische Völkerbunddelegierte Leher, vertagte danach die Sache auf den 23. Januar und gab dabei der Postung Ausdruck, daß inzwischen noch eine direkte Einigung zwischen Persien und England erfolgen müßte.

Der japanische Botschafterelegierte Nagata beantragte dann noch die Vertagung der deutschen Minderheiten-

Beschwerde gegen die Praxis der polnischen Agrarform auf Japan, weil sich bisher trotz eifriger Beratungen des Dreier-Komitees keine Lösung hat finden lassen, die der deutschen und der polnischen Regierung annehmbar erschienen wäre.

Dazu äußerte der deutsche Botschafter, Ministerialdirektor Dr. Wever, daß er mit der Vertagung einverstanden sei, aber hoffe, daß noch auf der verlorenen Zeit durch eine wirkliche gerechte Lösung des japanischen Widerspruches kein einiges von dem wiedergebracht wird, was bis gekommen war.

In einer unmittelbar Erörterung des polnischen Delegierten Maczynski, der die ganze Verantwortung auf der verlorenen Zeit der deutschen Regierung aufschoben wollte, entspann sich ein längeres Wortgefecht zwischen den Delegierten Deutschlands und Polens, das der Staatspräsident schließlich mit der Festhaltung beendete, eine Lösung sei überhaupt nur möglich, wenn beide Seiten guten Willens seien. Dazu gehörte auch, daß von keiner Seite Dinge gesagt würden, die eine spätere Lösung nur erschweren müßten. Nach einer Bemerkung Dr. Wevers, daß die deutsche Regierung sich niemals einer verhängnisvollen Lösung widersetzen hätte, wurde die Abstimmung geschlossen.

Krach im Saar-Parlament

SAARBRÜCKEN, 19. DEZEMBER

In der Sitzung des Saarbundesrats kam es heute zu heftigen kommunizistischen Zwischenfällen, die bürgerlichen Parteien, weil von der Eisenbahn kommunizistische Attentate entworfen worden waren. Da der kommunizistische Abgeordnete Vorens für mehrfachen Ordnungsbruch nichtigte, wurde die Sitzung abgebrochen. Der Regierungsvorsteher hatte betont, daß die Weichsel der jetzt entlassenen Kommunisten die Abwidlung des Eisenbahnbetriebs gestiftet habe.

Verfassungsreform

Von DR. HERMANN HOEPKER-ASCHOFF,
Preußischen Staatsminister a. D.

Als die Regierung von Papen ihre Verfassungspläne ankündigte, wurde alsbald die Frage erörtert, wie solche Pläne durchgeführt werden könnten. Der Düsseldorf'ner Anzeiger Nr. 26, bekannt nur allem durch seine Schrift über das „Reichsland Preußen“ (in der hier nicht zu erörternden Frage der Reichsreform den nächsten Weg zur Überwindung des Dualismus Reich-Preußen gezeigt hat), stellt die Einbringung einer neuen Nationalversammlung zur Diskussion (in der Monatschrift „Reich und Länder“ 1932, Seite 287 f.), so etwa, daß der Reichstag durch verfassungsänderndes Gesetz sich selbst als Nationalversammlung konstituiert oder wählen zu einer Nationalversammlung ausweicht, oder so, daß der Volkseid auf Grund eines Volksbegehrens durch die Nationenversammlung aufgegeben werden, oder endlich so, daß der Reichspräsident entweder unmittelbar oder durch einen von ihm ernannten Volkseidenden wählen zu einer Nationalversammlung herbeiführt. Mit ist belommen genug, zu erkennen, daß der letzte Weg, die Einbringung einer Nationalversammlung durch die Initiative des Reichspräsidenten, sich mit der Verfassung kaum vereinigen ließe. In jedem Falle aber handelt es sich um die Aufhebung der Verfassung, die Beibehaltung des „pouvoir constituant“ und den Appell an den durch die Nationalversammlung repräsentierten „pouvoir constitué“. Diese Verfassung ist in Zeiten mächtiger Umwälzungen der gegebene Weg, um wieder auf den Boden des Rechts zurückzuführen, er wurde im Winter 1818/19 von dem deutschen Volke bekräftigt. Aber er winter nur dann mit Erfolg bekräftigt werden, wenn durch eine neue Verfassung übermenschlich ausfällt, wenn das Volk lebendig ist, daß nur durch gemeinschaftliches Handeln aller Vaterländischen Kräfte das Schicksal gemeinert werden kann. Ich glaube nicht, daß der heutige Reichstag die verfassungsändernden Beschlüsse zur Einbringung einer Nationalversammlung fassen würde, ganz gewiß aber würde auch die vom Reichspräsidenten einzuberufende Nationalversammlung der Schwachheit leidenschaftlicher Stimmführung und eine neue Nationalversammlung durch die Zustimmung mit geringer Mehrheit angenommen werden, ein Ergebnis, das niemand befriedigen würde.

Volkseidigkeit?

Verhüllt sind die Vorlesungen, die der Heidelberger Professor Jellinek jüngst in der Zeitschrift „Reich und Länder“ entwickelt. Es laufen darauf hinaus, daß eine Verfassungsänderung durch Volkseidigkeit auf Grund eines Volksbegehrens beschlossen werden solle, und daß hierbei erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten (Art. 76 I, 3. P.) durch die Mobilisierung der Reichstäncker erreicht werden könne, indem durch eine das Volksbegehren unterstützende Notverordnung des Reichspräsidenten des Freiheits von der Abstimmung als Zustimmung gebudet wird. Es ist schon fraglich, ob nicht das Volkseidigkeitgesetz als ein Bestandteil des Verfassungsrechts dem Zugriff der Notverordnung entgegen stehe. Wie wenig überzeugend aber wirken die Ausführungen, das zwar die durch Art. 75 I, 3. vorgeschriebene Abstimmung an der Abstimmung (Beteiligung der Stimmberechtigten der Stimmberechtigten, wenn ein solcher Reichstages durch Volkseidigkeit der Kraft geübt werden soll) nicht durch förmliche Deutung des Freiheitsbesitzes erfüllt werden kann, wohl aber die in Art. 76 I, 3. vorgesehene Zustimmung (Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten, wenn durch Volkseidigkeit eine Verfassungsänderung beschlossen werden soll). Die legitimierende Kraft des Volkseidens liegt doch in der Zustimmung des Volkes; wie kann von solcher Zustimmung noch geredet werden, wenn die Mehrheit des Volkes der Wahl wehrt?

Staatsnotrecht

Ein dritter Vorschlag tritt in wissenschaftlichen Gewande auf. Ich meine die lehrreichen Ausführungen, die der Bonner Professor Deit in der Abhandlung des öffentlichen Rechts (S. 72, Seite 257) folgende) über Diktatur, Notverordnungsrecht und Verfassungsänderung gemacht hat. Nach dem Vorgang von Carl Schmidt unterscheidet er sehr streng zwischen Diktatur-maßnahmen und gesetzgebenden Notverordnungen. Nur mit den Maßnahmen nach Art. 48 I, 3. zu tun. Hier bleiben in gefährlicher Zeit dem Schutze des Staates und seiner Verfassung die durch die Diktatur verordnete Verordnungen nicht eingreifen; auch der organisatorische Teil der Verfassung geht zum materiellen Verfassungsrecht. Wenn gleichwohl der Diktator in die Sphäre des Verfassungsrechts eingreifen darf, so nur deshalb, weil die Bestimmungen der Verfassungsordnung über die Abgrenzung der Reichs- und Staatsgewalt sich nur auf die Legislative und die Exekutive beziehen, die Diktatur aber keines von beiden ist. Dem Notverordnungsrecht handelt es sich um Art. 48 I, 3. nicht, dieses Art. 48 I, 3. ist durch die Staatsprärogative gegeben, es gehört zur Legislative, macht aber auch vor den Grenzen des materiellen Verfassungsrechts halt. Sollen hiernach Notverordnungen, die in die Sphäre des Verfassungsrechts eingreifen, nicht statthaft sein? Haushaltsstellenungen und Anleihebewilligungen können weder Gegenstand einer Maßnahme nach einer Notverordnung sein, denn auch hier handelt es sich um materielles Verfassungsrecht (und darum hätte die Reichsfinanzverwaltung durchaus recht, als sie sich weigert, Anleihebestimmungen auf Grund von Notverordnungen auszuführen). Aber hier kann durch Notkandaberationen geholfen werden. Wenn nämlich die Gefahren aus dem Verfassungsleben selbst kommen, wenn Verfassungsgesetze durch die Staatsprärogative nicht mehr abzuwenden sind, dann tritt ein Notrecht ein, das die Notkandaberationen des Staates zu außerordentlichen Maßnahmen berechtigt, die später — wenn das attitudinelle Organ wieder abzufähig geworden ist — von diesem anerkannt werden müssen.

Der demokratische Politiker, der sich in der Sonntags-Nummer der „Vossischen Zeitung“ mit den Verfassungsplänen der Regierung Papen-Gayl auseinandergesetzt hat, beschließt hier seine großartige Betrachtung mit einer Warnung vor allen Experimenten

„Tritt aber gar eine Verfassungsumwälzung ein, so müßte die Notstandsmaßnahmen den Kern des Lebens betreffen und auf die Verfassungsänderung selbst gerichtet werden. Aber immer möglichst in Richtung an die noch vorhandene Verfassung. Also tritt der Reichspräsident bei der Entscheidung über eine Verfassungsänderung auf, mit welcher Mehrheit wird entschieden? Nicht etwa mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit aller Stimmberechtigten, sondern — da der Reichspräsident hier seine Verfassungsmacht — mit der einfachen Mehrheit der Stimmberechtigten, die nach Art. 43, 2. P. 3. in der äußeren die Ablehnung des Reichspräsidenten entscheidet. So geht.“

Die dringlichen Probleme

Es wäre gut gewesen, wenn Hecht deutlich gesagt hätte, daß es sich hier nicht mehr um verfassungsrechtliche Betrachtungen handelt, sondern daß die Veränderung der Verfassung unter Berufung auf einen Staatsnotstand nichts anderes ist als der Staatsnotrecht; nichts anderes als jene geschäftlichen Vorgänge, die im Jahre 1818/19 zur Überwindung der Staatsnot durch die Volkseidigkeiten, zur Einberufung der Nationalversammlung und zur Verabschiedung einer neuen Verfassung führten, also resolutiven Vorgänge. Aber was damals geschah, war eine geschäftliche Notmaßnahme, bedingt durch Krieg und Zusammenbruch. Dennoch führt uns Hecht mit dem Begriff der Verfassungsumwälzung an den Kern des Problems heran.

Die Väter der Weimarer Verfassung gingen davon aus, daß nach dem Sturz des Kabinetts gemäß Artikel 54 Nr. 3 der Führer der Opposition der geborene Führer des neuen Kabinetts sein würde, entsprechend dem älteren Brauch. Wie ist demnach, wenn die Opposition in sich gespalten ist und verschiedenen Beweggründen für das Wählensverbot geknüpft hat? Zum mindesten liegt die Verfassung voraus, daß nach dem Sturz eines Kabinetts, wenn nicht ein Kabinett der Opposition, so doch ein Kabinett gebildet werden kann, das eine Mehrheit im Reichstag zur Verfügung stellt. Der wunderbare Zwischenfall Meißner-Sitter und die Vermittlungen des Abg. Kaas haben deutlich gezeigt, daß nach dem Sturz des Kabinetts ein Kabinett gebildet werden konnte, das eine Mehrheit im Reichstag zur Verfügung gestellt hätte. Das ist in der Tat eine Verfassungsfrage.

Und ist es bei den Notverordnungen? Art. 48, 3. A. 3. unterwirft die Notverordnungen des Reichspräsidenten der Nachprüfung durch den Reichstag. Aber die Verfassung sagt doch davon aus, daß der Reichstag, wenn er die Aufhebung einer Notverordnung verlangt, dasjenige zur Vermeidung der Gefahr tut.

Reprobation und Approbation

Der Berliner Professor C. Kaufmann (zur Problematik des Parlamentarismus) paßt die Frage in ihrer ganzen Tiefe an. „Die parlamentarische Reprobation ist eine verantwortliche in dem Sinne, daß jede Reprobation die Pflicht in sich schließt, zu irgendeinem Inhalte die Approbation zu erteilen; es ist um lebensnotwendige Gesetze oder um den Bestand irgendeiner Regierung handelt, ein Parlament, das nur zur Reprobation fähig ist, scheitert sich selbst aus. Der Vorwurf der ersten Verfassungsänderung trifft ein solches Parlament.“ Zum bin ich aber keineswegs der Meinung, daß solche Verfassungsänderung oder Verfassungsauflösung (wenn nämlich die Störung zu einer Dauererscheinung wird) lediglich Notstandsmaßnahme zur Veränderung der Verfassung rechtfertigt. Es bedarf dessen nicht. Aber dies muß mit Deutlichkeit gesagt werden: Wenn ein Kabinett gestürzt wird und der Reichspräsident noch nichtshaltig die Verfassung als Gegenstand, daß auch ein neues Kabinett eine Mehrheit im Reichstag nicht finden werde, so kann niemand von ihm die Entlassung des gestürzten Kabinetts verlangen; er kann das, was Verfassung von ihm verlangt, die Bildung eines neuen, das Vertrauen des Reichstages genießenden Kabinetts, nicht leisten. Er bleibt durchaus auf dem Boden der Verfassung, wenn er das gestürzte Kabinett, das nach der Verfassung zum Rücktritt angetrieben wird, mit der weiteren Bildung der Geschäfte beauftragt, bis ein neues von einer Mehrheit getragenes Kabinett gebildet werden kann. Der Text der Weimarer Verfassung weiß zwar nichts von einer geschäftlichen Reprobation, aber die Staatsprärogative lenkt langem Folge Geschäfteführung (allerdings regelmäßig nur für einen Lebensgang), und das Reichsministergesetz vom 27. 3. 1930, das, woblgenommen, mit Verfassungsänderungen der Reichspräsident beauftragt, ist nicht die geschäftliche Reprobation in das Verfassungsrecht ein. § 12 dieses Gesetzes präzisiert: „Tritt die Regierung zurück, so kann der Reichspräsident, wenn er nicht gleichzeitig die Entlassung auspricht, alle Ministerien oder einzelne von ihnen mit der Fortführung der Geschäfte beauftragen, bis die neue Regierung gebildet ist.“

Thoma (Sandbuch I, Seite 521) hat in diesem Zusammenhang die Forderung zur Geltung gebracht, daß der Reichspräsident und die Reichsminister muß zurücktreten, wenn

ihm der Reichstag durch ausdrücklichen einhellig begründeten Beschluß sein Vertrauen entzieht“. Das heißt, das Mißtrauensvotum soll nur dann wirksam sein, wenn die Opposition einigt ist und die Gewährung für ein neues Kabinett in sich trägt. Sehr bedenklich ist es, daß ein ähnlicher Beschluß jünger in der von Hecht besprochenen Monatschrift „Die Geschäfte“ (1932, Seite 488 ff.) gemacht werden ist. Gräntel ermahnt aber die Sozialdemokratie, nicht jede Verfassungsänderung (sich) abzuheilen, sondern an der Verbesserung der Verfassung mitzuarbeiten, um der Verfassung willen. Er bittet die Ausführung von Kaufmann und meint, ein Mißtrauensvotum dürfe nur dann Wirkung haben, wenn das Parlament das Mißtrauensvotum mit dem Vorschlage verbindet, eine namentlich präferierte Person an Stelle des gestürzten Kanzlers zu berufen. Der Beschluß, weil er in das verfassungsmäßige Recht des Reichspräsidenten, sich den Kanzler zu wählen, eintrifft. Aber immerhin, auch hier wird erkannt, daß eine Verfassungsänderung vorgeliegt. Die Verfassungsänderung scheint mir aber auch hier nicht dringlich zu sein, soweit handelt es sich darum, die Verabschiedung zu beschließen, daß der Reichspräsident verfassungsmäßig handelt, wenn er unter der Befehlsmacht seines Kanzlers das gestürzte Kabinett nicht läßt, sondern mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt. Und nicht die Verfassung, die Reichstag aufzulösen und nach der Wahl des geschäftsführenden Kabinetts in seinen Aemtern zu befristigen und damit wieder zum ordentlichen Kabinett zu machen, unberührt.

Änderung des Artikels 48 Nr. 3?

Die Dinge liegen ähnlich, wenn der Reichstag die Aufhebung von Notverordnungen verlangt, ohne die gefährdende Lage zu beheben. Gräntel schlägt für diesen Fall eine Veränderung der Verfassung in der Richtung vor, daß dem Reichspräsidenten die Befugnis gegeben werde, das Mißtrauensvotum des Reichstages zum Rücktritt der Regierung aufzugeben. Auch das scheint mir ein bedenkliches Mittel zu sein; denn solche kritischen Notverordnungen pflegen dem Volke schwere Lagen aufzubilden, lebhafter Propaganda der Parteien würde es nicht schwer sein, die Verfassung zu unterdrücken und die Verfassungskräfte zu waden. Bei einer etwaigen Verfassungsänderung könnte man eher daran denken, dem Reichspräsidenten, der die Aufhebung einer Notverordnung nicht vorantreibt, die Befugnis zu geben, die Verfassung (oder eine erste Kammer) einzuräumen. Die Lösung würde mit dem Planen, den Reichstag zu einer ersten Kammer auszubauen und auch den Erlaß von Notverordnungen zu der Zustimmung des Reichspräsidenten oder einer ersten Kammer zu binden, im Zusammenhange stehen. Aber auch solche Verfassungsänderung ist nicht dringlich. Als im Juli 1930 die Aufhebung der ersten Bräntlings-Notverordnung vom Reichstag verlangt wurde, wurde sie abgeschoben, aber alsbald wurde die Verfassung des Reichspräsidenten, mit einigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt (Notverordnung vom 26. 7. 1930). Das Reichspräsidenten-Gesetz (S. 65, Seite 361) hat diesen Vorgang als unanfechtbar bezeichnet und dabei ausgeführt, daß die Verfassung dem Reichspräsidenten nicht verbiete, eine auf Verlangen des Reichstages aufgehobene Notverordnung alsbald von neuem in Kraft zu setzen, einzurufen, ob der Reichstag in demselben Angelegenheit nicht abgelehnt hat. Es ist aber auch nicht der gewaltsamen Konstitution eines Reichspräsidenten.

Achtung vor der Verfassung!

Und diese Mahnung zum Schluß: Wir sollten mehr Achtung vor unserer Verfassung haben. Die amtierende Verfassung vom Jahre 1878 ist noch heute in Kraft. Einige Aemter sind im Laufe von nahezu 150 Jahren beibehalten worden, aber mit welcher Vorsicht. Das amerikanische Volk betrachtet diese Verfassung als ein heiliges, und das Oberste Gericht wagt nicht über ihre Verletzung. In Deutschland sind das Chaos von 1918 beinahe vergessen, vergessen der Kampf, den Ober und seine Mitarbeiter mit den Arbeitern und Soldatenvertretern in der Verbesserung der Nationalversammlung geführt haben, vergessen, daß wir damals nur die Wahl zwischen einer Diktatur und einer demokratischen Verfassung hatten, vergessen, daß ohne diese Verfassung Deutschlands Einheit zerfallen wäre und daß sich nicht die Verfassung durchsetzen, daß die Bedenken der Fortsetzung der Verfassung selbst ihre Schranken finden, und daß die Macht des Reichspräsidenten sich auswirkt, wenn die Volksoberkeit der Volksoberkeit selbst über durch Volkseidigkeit, die wirklich dringlichen Verfassungsänderungen durchzuführen, zu bestehen, wenn die förmliche Verfassungsänderung durch den Reichstag nicht möglich ist. Die Verfassung ist zwischen Reichspräsidenten und Reichstag selbst geworden ist.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes. Täglich „Unterhaltungsblatt“ „Tausend und Wachtel“ und „Wochenschrift“ „Tausend“: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Recht und Leben“
Für Rückfragen und Abbestellungen wenden Sie sich an den
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN & C., BERLIN

früh 1911 in Halle; 1926 wurde er als Ordinarius an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim-Eutingen, 1929 nach Hamburg berufen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten betrafen sich zunächst mit der Wärmelehre und der Photochemie, dann widmete er sich ausschließlich den Problemen der atmosphärischen Elektrizität und ist dabei zu Ergebnissen von grundlegender Bedeutung gekommen. Bei seinen Studien hat er zahlreiche Aufstiege zunächst im Freiballon (bis zu 6500 Meter Höhe), dann auch im Flugzeug und Luftschiff unternommen. In zwei zusammenfassenden Werken „Wissenschaftliche Spezialität im Freiballon“ und „Luftschiffahrt“ unter dem Titel „Höhe und Luftschiffahrt“ hat er darüber berichtet. In den letzten Jahren hat er sich besonders mit gewitter-elektrischen und Nebel-Studien sowie mit Problemen auf dem neu erschlossenen Gebiet der Kosmos-Meteorologie. Im Jahre 1909 wurde während mit der Jahresversammlung der Deutschen Akademie in Rotterdam ausgezeichnet.

Das Rad des Schicksals

Aus den Berliner Gerichten

Einer hat gewerdmäßig geflohene Fahrräder vertrieben. Sol ist jetzt, wie zum ersten Male, mit neuen Nummern versehen. Er ist ihm oft vorbestraft, wurde nicht mehr am Platze, Urteil: wegen Hehlerei ein Jahr oder Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust.

Er meint: „Ich habe Frau und Kind. Was soll aus ihnen werden?“ Schlimm für Frau und Kind! Aber wie find denn diejenigen daran, denen das Fahrrad geflohen worden ist? Haben sie nicht am Ende auch Frau und Kind? Haben sie nicht am Ende auch Grund zu weinen?

Die Wehklagen, soweit man sie ermittelt hat, sind als Zeugen zur Stelle. Der erste ein Bürohelfer. Er hatte das Fahrrad an der Vorderstange abgeholt, um seinen Auftrag zu erledigen; als er wieder auf die Straße trat, war es verschwunden. Sein Chef sagt: hätte besser aufpassen sollen. Er wird es ihm vom Gehalt abziehen. Das bedeutet auf viele Monate hinaus noch mehr Einkürzung, für ihn und für die Mutter, der er abgibt.

Dann ist da ein Familienvater. Zwei Kinder. Kranke Frau. Immer etwas zurückgekommen. Mit der Stelle schließlich noch entlassen. Seitdem arbeitlos. Was ist nun geblieben? Nicht nichts als das Fahrrad. Mit dem Radhebe man nun Arbeit suchen, ohne durch die Unerschwinglichkeit des Fahrradgelds behindert zu sein. Mit dem Radhebe man Arbeit an jeder beliebigen Stelle annehmen. Mit dem Rad lassen sich Gelegenheitsaufträge übernehmen und Gelegenheitsverdienste. Mit dem Rad ist alles möglich, ohne Rad fehlt man dem täglichen Existenzlohn, das zu früh erstickt werden kann. Das Rad ist geflohen — was nun? Mit dem zwei Kindern und der kranken Frau?

Noch ein Zeuge. Der ist nicht leicht Leben lang ehrlich geblieben. Aber er hat's abgemoren. Als er aus dem Gefängnis entlassen wurde, begegnete ihm eine Frau, um derenwillen ihm die Mütterchen in die Bürgerlichkeit begreifen erziehen. Für sie, mit ihr. „Wenn je das geringste wieder vorkommt, ist es aus zwischen uns!“ so ließ die Bedingung unter der sie bereit war, ihn wieder zu vergeben und ihn zu heiraten. Er bekam Arbeit, weit weg von der Wohnung. Dazu brauchte er ein Rad. Wo gibt's das billige? Man wozu ihn an den Angeklagten. „Ist es auch nicht geflohen?“ Keineswegs, wird ihm versichert. Er kauft. Es ist aber doch geflohen und wird eines Tages als geflohen erkannt. Vorladung zur Polizei. Wo doch wieder etwas vorgekommen? Sie läßt ihn auf nichts ein, sie sagt ihm auf, aber es habe kein, was mich ihn noch in der Bürgerlichkeit halten? Die Vernehmung gegen den Dieb hat meistens die Unschuld des Zeugen ergeben. Er hofft, daß es nicht aus sein wird.

Man denkt: nur ein Fahrrad. Aber man denkt falsch. So arm sind wir geworden, daß Leben und Schicksal an nichts als an dem Reif des Fahrradrades hängen kann. Für Hunderttausende ist es zum Rad des Schicksals geworden. Wehe dem, der mit freierwilliger Hand in die Speichen greift.

Inquit.

Nachtwanderung durch die verlassenen Winkel Alt-Berlins. Die nicht mehr benutzten unterirdischen Gänge des Scharnhöhe am Mittwoch, dem 21. Dezember, unter Leitung des Schriftführers Georg Bamberger, 30 Jahre im Ostpreußen-Dienst, Hofstraße 16, Ufer Mühlentamm, Lichterberg-Gebiet.

Wanddecken Tischdecken Diwanrückwände
 Gobelinverlei 5,85
 volle Größe 5,85
 1/2 Größe 2,95
 1/3 Größe 1,95

Stoppdecken Schlafdecken Möbelbezugsstoffe
 Holzvollverlei 0,25
 volle Größe 0,25
 1/2 Größe 0,125
 1/3 Größe 0,085

Gardinestoffe
 Gardinenstoffe 1,25
 Gardinenstoffe 1,25
 Gardinenstoffe 1,25

Fertige Fensterdekorationen
 Gardinenstoffe 1,25
 Gardinenstoffe 1,25
 Gardinenstoffe 1,25

Handarbeits-Tischdecken
 Handarbeits-Tischdecken 1,25
 Handarbeits-Tischdecken 1,25
 Handarbeits-Tischdecken 1,25

Erhöhte „Tätigkeit“ der S. M.

Schmücke dein Heim . . .

ESSEN, 19. DEZEMBER

Die Kriminalpolizei in Barmarier veranstaltete in der vergangenen Nacht eine überraschende Durchsuchung in einem S.M.-Heim. Dabei wurde eine große Menge von Besessenen erfaßt, darunter eine Schreibmaschine, ein Aktenkasten, Porzellan und andere Einrichtungsgegenstände, die die S.M.-Leute zum Schmuck ihres Heims zusammengestellt hatten. Vier S.M.-Leute wurden verhaftet und legten ein Geständnis ab, wonach das gestohlene Gut aus zwei Einheiten in einem Geschäftshaus und in einer Villa in Barmarier stammen. Die Verhaftung des Hauses wurde gleichfalls erfolgt, indem mehrere weitere Kohle auf einem Lagerplatz angetroffen wurden.

Einer der Verhafteten gab weiterhin zu, daß für die nächsten Tage ein fingierter Raubüberfall auf die Kasse eines im Sommerferien verlassenen Geschäfts geplant war. Die Angestellte, die mit den Dieben im Grunde war, sollte auf einem Gang zur Toilette, wo sie regelmäßig größerer Geldbetrag hatte, sich hinsetzen lassen und anschließend verhaftet werden. Das S.M.-Heim wurde sofort aufgelöst, weitere Festnahmen hießen noch bevor.

S.A.-Leute attackieren Polizeibeamten. Vor einem Warenhaus in der Bergstraße in Reußlän gerieten gestern nachmittags ein Gendarm der S.M. und ein

Gendarm der Kommunisten in Streit, der in ein Saubergewand aussetzte. Ein Polizeigendarm, der dem Streit schlichten wollte, wurde von etwa einem Dutzend Nationalsozialisten, die herbeigekommen waren, umringt und schwer bedrängt. Er mußte vom Dienst zurückgezogen werden, um sich zu befreien.

Aufschläge auf Warenhäuser

DARMSTADT, 19. DEZEMBER

Am gestrigen goldenen Sonntag wurden in der Hauptgeschäftzeit in Oesigen in drei Warenhäusern Krängebomben abgeworfen. Die Täter wurden am 18. Dezember E.M. Mann, Wenzel, Jäger, der Mitglied der nationalsozialistischen Betriebskassen-Organisation ist. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß die Krängebomben geworfen habe, weil er die betreffenden Geschäftsläden gefährlich lädigen wollte.

In Mainz wurden ungefähr zur gleichen Zeit ebenfalls in drei Warenhäusern Krängebomben abgeworfen, obwohl die Bomben selbst gefunden wurden. Die Ergreifung der Täter steht bevor.

Verdächtige Anhaltspunkte lassen darauf schließen, daß auch anderwärts ähnliche Geplante geplant waren und daß diese Sitzungen des Betriebskassenrats planmäßig vorbereitet worden sind.

Zuchthausanträge im Autoschieber-Prozess

Drei Verhaftungen im Gerichtssaal

In dem großen Autoschieber-Prozess des Reichs und des Reichswehrministeriums wurden drei Angeklagte in Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten waren in fünfzehn Tagen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Vertreter Johannes Wehlin, der Führer der Auto-Schieberbande war, wegen Raubdiebstahls und gewerbtätiger Hehlerei eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wegen den Fotografen Oertel, der wegen Führung des Romans Caloffstein sowie wegen einer Reihe von Hochfahrläufen schon wiederholt verurteilt worden ist, beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, wegen den Mitangeklagten Oertel, Weimann, die gleiche Strafe, und gegen den Mitangeklagten Wehmann zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Diese drei Angeklagten wurden auf Antrag des Staatsanwalts im Gerichtssaal verurteilt, da sie im Anbetracht der bedeutenden hohen Straftatverdächtigen waren.

Weiterhin lauteten die Anträge des Staatsanwalts gegen die Angeklagte Frau Bonnet auf ein Jahr acht Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen den Autoschieber Rindfleisch auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und fünf Monate Ehrverlust, und gegen die übrigen elf Angeklagten wegen einjährigen Diebstahls oder einjähriger Hehlerei auf drei Jahre bis drei Monate Gefängnis. Die Urteilsvorbereitung ist Ende dieser Woche zu erwarten.

„Wie soll's enden?“. Unter diesem Titel schreibt jetzt im „Empo“ eine neue Reihe annehmlicher Artikel, die aber den es sich darum handelt, im Bilde verfehlte Wort-Gebirge zu finden.

Politische Schaufensterstürmer. Gestern abend wurden in zwei Villen einer Berliner Schuhfirma die Schaufensterbühnen zerstört. In der Androstrasse 68 wurden die Schaufenster mit Stein eingeworfen, in der Franzstrasse 48 die Schaufensterbühnen zerstört. Die Täter wurden in den nächsten Stunden gefasst und der Aufsicht: „Lugabewerber-Geist Friedrichshagen, betreffend Polizeiverordnungen der Firma“.

Tod beim Kartenspiel. Im Humboldtban spielten auf einer Bank gehen abend vier alte Leute das Kartenspiel „Schafkopf“. Es kam zum Streit, und die beiden Kartenspieler gingen schließend mit Häften aufeinander los. Mit einem Handstreich brach plötzlich der eine, der 74jährige Tischler Albert

Auf dem Wege aus der Turnhallestraße 2, zusammen. Er hatte sich zu errettet, daß er einen Versuch erlitten hätte. Die Beide wurden ins Krankenhaus gebracht. — Gestern abend brach auf dem Schloßhof der 18jährige Friederichs-Haus 1, aus Gießen zu kommen. Die Unterdrückung, daß Handl, der in Begleitung seines Vaters aus dem Zug gestiegen war, einen Versuch erlitten. Der Zote wurde in der Weidenhalle des Bahnhofs aufgehört.

Rückkehr des Wlignys

Im 150-Kilometer-Tempo

Auf die Minute, um 17.30 Uhr, traf der neue Diesel-elektrische Triebwagen, über dessen Jungfernfahrt wir gestern berichteten, wieder am Berliner Bahnhof ein. Eine große Menschenmenge hatte sich versammelt, um den schmalen Zug bei seiner Ankunft zu begrüßen. Um 15.05 Uhr, hatte er den Hamburger Hauptbahnhof verlassen. Von Friederichshaus aus konnte er seine volle Leistungsfähigkeit erweisen und leitete hier 150 Kilometer bis Spandau. Die Durchschnittsgeschwindigkeit vom Altona bis Berlin war 200 Kilometer die Stunde, die aber die der Zug bei dem Probeverlauf im Januar und Februar fahren soll. Sämtliche Teilnehmer äußerten sich entzückt über die außerordentlich ruhige, beschleunigungsreiche Fahrt. Dr. Wandach vor allen Dingen mit der ausgezeichneten Regierfähigkeit der Drehgestelle und der großen Flexibilität. Alle Fachleute betonten, daß die Erwartungen in jeder Beziehung erfüllt worden sind.

Die Abonnenten-Sprechstunde. Am Sonnabend, dem 24. d. M., fällt die Abonnenten-Sprechstunde aus.

Milchverkauf schon ab 6 Uhr. Durch Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 15. Dezember 1932 ist der Verkauf von Milch, jeder Art (nicht von Wildprodukt) an Werktagen während den ersten zwei Stunden ab 6 Uhr ab gestattet worden. Damit ist nun die Abgabe von Milch und Pastore einseitig zur gleichen Stunde ausgefallen.

Zirkus Konrado in der Tennishalle. In die Tennishalle, Breitenburgerstraße 36, hielt gestern der Zirkus Konrado seinen Einzug. Zwei Elefanten führten ihre Kunststücke vor, glänzend dressierte Pferde (besonders Direktor Konrado) und reizende Ponys waren zu sehen, aber am meisten Aufsehen erregte Jumbo, der Elefantenpaar, der sich außerordentlich in einer Wintalarbeit bemerkte. Ferner Gleichgewichtswagen, wie auch die lustigen Spiele der Schwärmer Floridas waren harten Beifall. Als Elefanten vertrieb nach Völkia Wälfelken besonders hervorzuheben zu machen. Den höchsten Erfolg feierten hier achtzig jugendliche Mädchen, die durch ihre außerordentliche Temporent

TEPPICHE
 Um Ihnen den Kauf zu erleichtern und unsere Preiswürdigkeit zu beweisen, bringen wir für Qualitätswaren diese Angebote!

130-200	160-240	200-300	230-330	250-350	300-400
12,-	17,-	24,-	26,-	32,-	29,-
37,-	34,-	43,-	40,-	57,-	69,-
89,-	27,-	33,-	44,-	46,-	59,-
63,-	84,-	128,-			

Brücken Bettumrandungen Bettvorlagen
 Smyrna, schwere mezzan 6,25
 Qualität ca. 90x150 cm Fr. 11,85
 Jacquard-Bouclé, reines Haargrün 17,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50

Fliesenmengen
 Jacquard-Bouclé, reines Haargrün 17,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50

Kissenmengen
 Jacquard-Bouclé, reines Haargrün 17,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50
 12 Bettvorlagen ca. 148,50

Nach auswärts: Verlangen Sie bestmögliche Angebote! Wir versenden Sie auch gerne über die Reichspost. Spandauer Str. 32

Teppich-Pursh
 Deutschlands größtes Spezialhaus für Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen!

Nach dem Sturm

Von
Dr. Georg Honigmann

Berichterstatler der „Vossischen Zeitung“

LONDON, MITTE DEZEMBER

Am 15. Dezember ist nach aufregenden Wochen der Ungewißheit die englische Kriegsschuldentate in Amerika befreit. Man weiß, daß die Pfundentwicklung im Laufe des Monats, vornehmlich durch die spanische Sturz des Pfundes am Ende des vorigen Monats, ein neues Schuldenangst gesehen ist. Von dem Moment an, in dem feststand, es wird gezahlt, und die Zahlung wird in einer Weise geleistet, die vorläufig das Budget nicht belastet und die auch nicht die Erhöhung des ungedeckten Notenumlaufs notwendig macht, ist das Pfund wieder gestiegen.

Als innerhalb weniger Wochen der Kurs von seinem Stand im Mitte Oktober, 30 gegen New York bis auf 14 herabgerungen, hat diese Bewegung einen Rutsch in den Abgrund verzweifelt ähnlich. Es hat Tage gegeben, in denen das Herz der City verzagt war. Die französische Währung dagegen, geschützt durch den Mechanismus des Goldstandards, hat in dieser Zeit fast unter den gleichen Aspekten gestanden und hat dabei doch nur Schwankungen durchgemacht, die sich durch die beiden im Geiste ausdrücken ließen. Es sind wieder Betrachtungen angestellt worden, warum das Pfund gefallen ist, und es scheint, daß man die Verpflichtung in diesen Erörterungen um so tiefer zu schürfen, je wilder das Pfundpendel ausschlug. Psychologisch verständlich, sachlich aber unangebracht.

Grade das französische Beispiel zeigt, daß die gleichen Ursachen bei der freien Währung des Pfundes explosive Wirkung haben. Man muß sich daran erinnern, daß die deutsche Währung im Dezember 1923 Spekulationsobjekt geworden ist, das von allen Richtern auf seiner Seite getroffen werden kann. Mit einer glücklichen Sterling-Spekulation à la hausse oder à la baisse lassen sich in kurzen Fristen Gewinne einfahren, wie schwerlich mit einem andern Anlagepapier.

Bezeichnend für den spekulativen Charakter des Pfundanstiegs ist, daß bei den Kursrückgängen die „schwarzen Tage“, die Zelle von den Währungs-Dezernenten, eine große Rolle spielen. Dagegen hat man ein anderes Beobachtungsmoment, das nach heute noch besteht, nämlich das ungelungene Streben, den Notenumlauf um rd. 100 Mill. Pfd., gegenüber dem Vorjahr so weit über überhaupt nicht ins Kalkül gezogen.

Um so eindringlicher richtet deshalb die Welt an England die Mahnung, es abbl zu lassen. Der Haupt einwand der Engländer ist, daß es noch nicht gelungen ist, das natürliche Gleichgewicht für einen Stabilisierungspunkt zu finden, und es ist die Frage, ob die Maßnahmen, die nach ökonomischem Gesetz durch eine Periode kontinuierlichen Pfundverfalls ausgelöst werden müßten (nämlich durch Erhöhung der Exporteure, den Rückgang des heimischen Konsums, die Erhöhung von Devisen und dadurch wieder Stützung des Pfundkurses), wirkunglos bei den krankhaften Zuständen der Weltwirtschaft sind, oder ob sie durch die Erhaltung der internationalen Zahlungszwangswirtschaft in andern Ländern schaffen eine Sperre gegen den natürlichen Ausgleich.

Gibt es keine Möglichkeit, einen Standardkurs dadurch zu erreichen, daß die Kaufkraftparität zur Stabilisierungsgrundlage wählt? Zu einer solchen Berechnung muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß schon im Jahre 1921 die Kaufkraftparität der Pfundnote zu seiner innere Kaufkraft überbewertet war. Folgt man den Berechnungen, die die Midland Bank in ihren Monatsberichten kürzlich anstellt, so ist der natürliche Wert des Pfund auf ihre Kaufkraft im Inland, so ergibt sich: seit September 1931 sind die Innenmarktpreise in den Vereinigten Staaten um etwa 15 pCt. zurückgegangen, die Kaufkraft des Pfundes hat sich um etwa 10 pCt. erhöht, während die innere Kaufkraft des Pfundes wieder gestiegen noch gefallen ist, Betrag die Parität vor dem September 1931 ein Pfund gleich 4,45, so hätte die Parität heute bei 4,25.

Um welchen Betrag das Pfund vor dem September überbewertet war, ist schwer zu bestimmen. Nimmt man das jetzige Gleichgewicht auf 3,40, als dem Mittelwert innerhalb der letzten Schwankung, so ergibt sich, so käme man auf eine rechnerische Kaufkraftparität von 400 Dollar vor Aufgabe des Goldstandards. Da aber kaum anzunehmen ist, daß die Lichteinwertung des Pfundes so groß war wie die Spanne von 400 zu 416 Dollar ergibt, so kommt man für heute auf eine partiellen Kurs von über 3,40, aber bestimmt unter 400 Dollar. Tatsächlich hört man denn auch immer wieder den Kurs von 3,50, wenn theoretisch ein Stabilisierungskurs genannt wird.

Die Stabilisierung auf diesem Kurs zu wagen, ist — das wird von keiner Seite bestritten — ein Unternehmen der größten Art. Denn, solange Aktiven und Passiven der englischen Nationalwirtschaft sich noch in der Schweiz befinden, solange die Zahlung der Auslandsschulden nicht erfolgt, solange die Zahlung der Kriegsschuldentate, eingetragene Kredite usw., solange nicht genau bekannt ist, wie die Pfundentwicklung in den übrigen und den übrigen Währungen nicht ersehen. Nämlich man heute schon eine Stabilisierung vor, so würde man sich einen Angst, den Irrtum von 1925 zu wiederholen, wenn man wesentliche Maßnahmen ergreift, die natürlich scheinenden Gleichgewichtspunkt stabilisieren. Und ob diese auf einer Ansetzung basierende Fixierung für die ausländischen Länder ein Segen wäre, ist noch sehr die Frage.

Was sagt man in England selbst über die Stabilisierung? Daß das Pfund eine billige Währung bleiben muß, ist die Grundvoraussetzung für die Erörterung. Es ist auch kein Einwand, daß bei einem niedrigen Kurs das ausländische auf Pfund laufende Anleiheengagement Englands in Gold beträchtlich geringe Summe ist. Denkt man an Südamerika, so waren Abschreibungen auf den Wert dieser Beteiligungen genau so notwendig geworden wie der Pfundkurs. In Gegenwart ist man kaum optimistisch über das, daß die Pfundverbilligung manche Kapitalisten, die sonst festgelegt geblieben wären, durch den Anreiz zu einer verbliebenen Rückzahlung in Betracht gebracht werden könnte. Man würde sich in dem Ausmaß, wie sie die letzten Monate brachten, haben die Bereitschaft des englischen Publikums für eine Stabilisierung des Pfundes, die die Schwankungen der internationalen Finanzwirtschaft gezogen werden. Es war ein verhängnisvolles Abweichen von den Grundsätzen verantwortungsvoller kommunaler Finanzwirtschaft, daß trotz ungedeckter

Wichtig und vielleicht entscheidend sind die folgenden Überlegungen: Einmal wird der glückliche Zustand aufhören, daß man für ein Papierpfund in England heute noch fast das gleiche kaufen kann, wie früher mit dem Goldpfund. Einmal, in dem Angebotsmangel, in dem das Absinken der Weltmarktpreise über die Pfundverbilligung hinaus gestoppt ist und die Produktionskraft in England sich nicht mehr durch weitere Lohnsenkungen reduzieren lassen. Ein nicht unbedenkliches Zeichen ist in diesem Zusammenhang der Anstreich

der Eisenbahn, der mit dem Argument geführt wird, daß in den Zeiten der Pfundwertverfall Lohnkurzungen nicht mehr eingebracht werden können. Setzt sich einmal ein solcher Anstreich ein, wird auch die bedeutenswerte Rube, mit der bisher die große englische Publikum den Schwankungen seiner Währung zugehört hat, in Wanken geraten. Dann werden auch die Theoretiker einer „managed currency“ erkennen, daß Managen einer Währung leichter zu dozieren als zu praktizieren sind, das werden vielleicht aus manchen stabilisierungsunfähigen Staat stabilisierungsberedete Pfund werden.

Kohlenproduktion über Vorjahrshöhe

Weitere Neueinstellungen — Weniger Feierschichten — Abnahme der Halden

Die Festigkeit der Montanpreise an der Börse, die seit Wochen zu verzeichnen ist, findet namentlich ihre tatsächliche Begründung in den Produktionsfällen des Steinkohlenbergbaus im November, der erstmalig die Höhe des Vorjahres überschritten haben. Entsprechend dieser Entwicklung liegt auch die Gütervermögensstellung im Ruhrgebiet seit geraumer Zeit über dem Stand des Vorjahres.

Trotzdem der November einen Arbeitstag weniger aufwies als der Oktober, stieg die Rohkohlenförderung in den hauptsächlichsten deutschen Steinkohlen-Erzgebieten Ruhr, Aachen, Westoberschlesien, Niederschlesien und Sachsen um 2,8 pCt. gegenüber dem Oktober. Die arbeitsmäßige Förderung erhöhte sich um 8,3 pCt. gegenüber dem Vormonat, und blieb damit im Ruhrgebiet und Schlesien um eine Kleinigkeit hinter der Vorjahresfrist zurück. Nur in Sachsen und Aachen lagen die Ziffern etwas darüber. Die Belegschaft wurde um 5403 Mann bei erheblicher Abnahme der Feierschichten und stellenweise auch der Haldenbesatz vermehrt. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild (alles in Millionen Tonnen):

	November 32	Oktober 32	November 31
die Kohlenförderung insgesamt	9,62	9,36	9,49
arbeitsmäßig	6,19	6,06	6,29
die Bricketterzeugung	1,62	1,62	1,64
die Bricketherstellung	0,83	0,87	0,82

Auch im Braunkohlenbergbau ist eine weitere Fördersteigerung festzustellen, so daß sich die Produktionsziffer der Vorjahresfrist nähert. Die Rohkohlenförderung stieg um insgesamt 4 pCt. arbeitsmäßig um 9,6 pCt. und die Bricketterzeugung um insgesamt 4,2 pCt. arbeitsmäßig um 9,7 pCt. In Mitteleuropa und Rheinland wurden gewonnen (in Millionen Tonnen):

	November 32	Oktober 32	November 31
Rohbraunkohlen insgesamt	11,15	10,72	11,15
arbeitsmäßig	6,46	6,09	6,29
Braunkohlenberkeits insgesamt	2,86	2,56	2,70
arbeitsmäßig	1,61	1,50	1,51

Im Eisenorzbau hielten geringe Anzeichen der Besserung an. Die Lage des Metallereizes hat sich infolge des großen Rückgangs der Metallpreise empfindlich verschlechtert.

Brasilianische Käfte. Entgegen der vom „Daily Herald“ verbreiteten Version, wonach Brasilien beabsichtige, nach Ablauf des deutsch-brasilianischen Kohlen-Kaufaus-

tauschkommens seinen Kohlenbedarf wieder in Südwales zu decken, wird von beteiligter deutscher Seite mitgeteilt, daß die Frage einer Erneuerung des Abkommens heute noch nicht akut sei. Die Verpflichtungen des Jahres Juli d. J. geschlossenen Vertrag werden erst Ende März 1933 erfüllt sein, da schon erst mit der Lieferung der dritten Partie des Abkommens ein weiteres Abkommen zwischen 350.000 T. Ruhrkohle zur Verschiffung. Wenn in der Meldung darauf hingewiesen wird, daß Brasilien ein Abkommen mit Südwales abgeschlossen hat, ist die Kohle erteilt haben soll, so glaubt man deutscherseits keineswegs daran, daß es sich hierbei um ein Kohlen-Kaufverhältnis handelt. Eher eine Erneuerung des deutsch-brasilianischen Abkommens sind Verhandlungen noch nicht geführt worden. Die Aussichten lassen sich zur Zeit noch nicht beurteilen.

Ruhrsyndikat berichtet

Protest gegen Einfuhr englischer Kohle

ESSEN, 19. DEZEMBER

In der gestrigen G.V. des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats wurde festgestellt, daß die Belegschaftszahl von 194.000 Mann im September auf 205.000 anstieg und gleichzeitig die Zahl der Feierschichten von 959.000 im August auf 338.000 im November sank. Der Zeitpunkt zur Ankerhebung hat sich als richtig erwiesen. Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß die Feierschichten-Aufschwung nach einiger Zeit auf der ganzen Linie wieder Homungen und Rückschläge aus politischen Gründen erfahren hat. Auch im Ruhrgebiet sind die Feierschichten schon von Oktober ab zu November eine Verlangsamung der Absatzsteigerung gezeigt. Der Dezember wird voraussichtlich einen Stillstand, möglicherweise sogar einen kleinen Rückgang anweisen. Der ungewöhnlich milde Winter sei für den Hausbrandabsatz nicht günstig. Ein weiterer Aufstieg sei zweifellos davon abhängig, daß eine ruhige Entwicklung ge-

Sicher sei auch, daß der Weg aus der jetzigen Not hinaus nur langsam auch oben führe, denn man dürfte trotz des Ansatzes zu einer Besserung doch nicht versagen, daß Förderung und Absatz nicht etwa um ein Drittel niedriger sind als 1929, daß seit dieser Zeit der Durchschlupfer um etwa ein Drittel gefallen ist und daß schließlich die Belegschaft, die jetzt mit 205.000 nur knapp über dem Tiefstand von 150.000 Mann steht, darunter noch 375.000 und im Jahre 1924 sogar 467.000 Mann zählt.

Angesichts dieser Lage sehe man dem Ergebnis der seit voriger Woche in Berlin geführten Verhandlungen über das neue Einfuhr-Einkaufsverfahren mit Interesse entgegen. Eine Erhöhung des Kontingents würde ein untragbarer Schlag für den Ruhrbergbau sein. Denn überall dort, wo die Einfuhr von Kohle zugezogen, es sei, deshalb nicht anginge, der Ruhrbergbau zu unterstützen, ist in der Welt erschwert, so daß erhöhte Einfuhr englischer Kohle zu belasten.

Stundung für Frankfurt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

FRANKFURT, 19. DEZEMBER

Die Versammlung der Frankfurter Schatzverwaltungs-Gläubiger, über deren Einigung wir bereits im gestrigen Abendblatt berichtet haben, stimmte dem von Gläubiger-Vertreter Ministerialrat Ball vorgeschlagenen Vergleich mit 1409 von insgesamt vertreten 15,27 Mill. M. zu. Die Stadt verpflichtet sich demnach, bis zum 1. Februar 1933 eine Million Reichsmark in Einmalbeträgen im Umfang von 25,28 Mill. RM Schatzverwaltungen zu leisten. Für den restlichen Betrag soll Stundung bis zum 30. September 1934 gewährt werden.

In einer Entscheidung wurde mit Bedauern festgestellt, daß für die von Reich und von Preußen zur Anlage von Münzgold für ein geeignet erklärten Schuldentitel nur die Mittel für eine bescheidene Rentezahlung verfügbar gemacht worden. So wenig die Versammlung die Anlage der Stadt verkennt, müßte sie doch feststellen, daß die Stadt in den zurückliegenden Jahren nicht die gebotene Sparsamkeit beobachtet habe. Die Versammlung verlangt, daß die für den öffentlichen Kredit verantwortlichen Stellen mit größerer Beachtung der Gläubiger-Sorge tragen, daß die Finanzen in Ordnung kommen und die Anleihegläubiger nach Ablauf der Fristen volle Befriedigung erhalten. Dabei geht die Versammlung von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß während der gewährten Frist keinerlei Maßnahmen getroffen werden, die die Schatzverwaltungs-Gläubiger zum Vorteil anderer Gläubiger zurücksetzen.

*

Mit der Annahme dieses Vergleichs ist ein vorläufiger Schlußstrich unter ein Tribut, Kapitale kommunaler Finanzwirtschaft gezogen worden. Es war ein verhängnisvolles Abweichen von den Grundsätzen verantwortungsvoller kommunaler Finanzwirtschaft, daß trotz ungedeckter

Eatsdefizits Anleihen zu Investitionen aufgenommen wurden, die keinem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entsprachen.

Es ist ein schwacher Trost, daß die gleichen Fehler nicht von andern Kommunen, von Ländern und vom Reich, sondern auch in erheblichem Umfang von der Privatwirtschaft gemacht worden sind. Die an der städtischen Finanzverwaltung geübte Kritik ist aber, die Kritik, die in der Verantwortung nicht einseitig ihr allein aufgebürdet werden darf, daß vielmehr die Stadtverordnetenversammlung die Verantwortung für die Entscheidung über die Zustimmung erteilt. Mit dem Vergleich ist ein Teil eines der Probleme gelöst, die Frankfurt belasten. Mit dem Vergleich ist ein Teil der Forderung erhoben, die die verantwortlichen Stellen mindestens der öffentlichen Landesregierung und der Reichsregierung der Frage der Umschuldung ein erhöhtes Augenmerk zuwenden und den Gläubigern die Forderung zu beschleunigen. Und danach wird es möglich sein, der kommunalen Finanzpolitik wieder die feste Basis zu geben, auf der allein eine Neuordnung der städtischen Finanzen eingeleitet werden kann.

E. K.

Neue Aufsichtsratsmitglieder der Goldschmidtbank. Anlässlich der Ernennung zum Reichsfinanzminister bzw. Berufung in das Büro des Völkerruders nach Gen. Leuchter, hat die Aufsichtsratsgruppe der Deutschen Goldschmidtbank aus: Reichsfinanzminister Graf Solwert-Kroszig und Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg. Eine neue Aufsichtsratsgruppe ist in der Gruppe A. 200 Mill. RM der Gruppe B. 200 Mill. RM der Gruppe C. 200 Mill. RM der Gruppe D. vertreten waren, wählte neu in die Aufsichtsrat der Bank Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Ziegenhagen und Reichsfinanzminister Dr. Schwartzkopf.

Mindestens Vorjahrshöhe bei Thüringer Gas. Wie der Leipziger Korrespondent der „Voss. Zig.“ von Verwaltungsrat der Thüringer Gasgesellschaft, die die Gruppe A. 200 Mill. RM der Gruppe B. 200 Mill. RM der Gruppe C. 200 Mill. RM der Gruppe D. vertreten waren, wählte neu in die Aufsichtsrat der Bank Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Ziegenhagen und Reichsfinanzminister Dr. Schwartzkopf.

